



Unser Schinkel

09/2017

Sozialdemokratische Bürgerinformation

Liebe Schinkelanerinnen und Schinkelaner,

am 24. September und 15. Oktober dürfen Sie an die Wahlurnen.

Antje Schulte-Schoh kandidiert für den Bundestag und hofft auf Ihre Unterstützung im September und unser

Landtagsabgeordneter Frank Henning möchte weiterhin den Schinkel in Hannover vertreten.

Gehen Sie zur Wahl und nutzen Sie Ihre demokratischen Rechte. Sollten Sie an den Wahltagen verhindert sein, so können Sie von der Briefwahl

Gebrauch machen oder im Stadthaus vorab wählen.

Auf eine spannende Zeit

Ihr

Dirk Koentopp

(SPD-Ortsvereinsvorsitzender Schinkel)

Geht es bald rund an der Rosenberg?

Der SPD-Ortsverein Schinkel fordert seit mehreren Jahren, dass von der Stadt überprüft wird, ob ein Kreisverkehr an der Kreuzung Schützenstraße/Mindener Straße möglich ist und für Entlastung sorgen könnte.

Erste Anfragen vor über 10 Jahren wurden negativ beschieden, da mit der Einmündung der Belmer Straße zu wenig Platz für einen Kreisverkehr zur Verfügung stehen würde. „Die Ausgangslage hat sich aber nun geändert“, so der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Dirk Koentopp. Es würden heutzutage auch kleine Kreisverkehr gebaut, die für Busse und LKW überfahrbar sind. Ein gutes Beispiel gibt

es in Hagen a.T.W. Auch der Eingang zur Sparkasse ist zur Belmer Straße verlegt worden, so dass mehr Platz genutzt werden kann.

„Der Verkehr aus dem Hasepark wird sich in den nächsten Jahren, wenn eine komplette Bebauung erreicht ist, noch weiter erhöhen“, ist sich Koentopp sicher, „daher benötigen wir für den gesamten Bereich der Rosenberg eine Lösung, die Rückstaus vermeiden hilft.“

Wie finden Sie die Idee eines Kreisverkehrs?

Diskutieren Sie mit uns bei Facebook unter „49084schinkel“

15 Millionen für den Schinkel?

Der Osnabrücker Rat hat im Mai die Stadtverwaltung beauftragt, für das so genannte Sanierungsgebiet „Schinkel“ die Aufnahme in das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ zu beantragen. Das Gebiet umfasst die Mitte des Stadtteils mit den Grenzen: Schinkelstraße, Borsigstraße, Jeggener Weg, Mindener Straße.

Seit 1999 werden Stadt-

und Ortsteile, die in wirtschaftlicher, sozialer sowie städtebaulicher Hinsicht als benachteiligt anzusehen sind, durch die Bereitstellung erheblicher finanzieller Ressourcen gefördert. Für Schinkel sind 15 Millionen Euro beantragt, zu je einem Drittel von Bund, Land und Stadt finanziert, da folgende Fragen positiv beantwortet wurden:

Fortsetzung auf Seite 4



Die derzeitige Situation an der Einmündung Schützenstraße / Mindener Straße




Kreisverkehr an der Kreuzung Osnabrücker Str. / Schulstraße in Hagen a.T.W.



Der Hager Kreisverkehr kann von Bussen und Lkw überfahren werden.

FÜR SIE IN DEN BUNDESTAG:



Kontakt: Lengericher Landstraße 19b · 49078 Osnabrück · Tel. 0541 27833
info@schulte-schoh.de · www.schulte-schoh.de
 www.facebook.com/antje.schulteschoh

Persönliches

Familie

Geboren wurde ich 1963 in Detmold, ich habe zwei Schwestern. Meine Mutter war Buchhalterin und trotz ihrer Kinder immer berufstätig. Mein Vater war Polizeibeamter. Ende 1994 habe ich meinen jetzigen Mann kennengelernt. Nach der Geburt unserer Tochter zogen wir 1996 nach Osnabrück-Eversburg. Seit 1999 leben wir in Atter und haben uns im Stadtteil fest verwurzelt.

Beruf

In Detmold besuchte ich die Realschule, anschließend habe ich in Lemgo meine Fachhochschulreife mit Schwerpunkt Sozialpädagogik erreicht. Im Anschluss begann ich meine Ausbildung zur Altenpflegerin, war zehn Jahre bei der Stiftung Paulinen-Anstalt in Detmold tätig, anschließend als Heim- und Pflegedienstleitung bei einem privaten Träger. Seit 1998 bin ich für den Christlichen Pflegedienst Bramsche tätig.

Seit Juli 1999 leite ich die Seniorenwohnanlage Fürstenhof (betreutes Wohnen für Senioren). Von 2010 bis 2015 habe ich zusätzlich die Tagespflegeeinrichtung in Bramsche aufgebaut und geleitet.

Seit dem 01.01.2016 bin ich zuständig für das Qualitätsmanagement des Pflegedienstes, der Tagespflege und der Betreuten Wohnanlage. Zudem betreue ich als Praxisanleitung die Auszubildenden in unserem Betrieb.

Ehrenamt

Für mich war es immer wichtig, mich ehrenamtlich zu engagieren. So war ich viele Jahre tätig als Gründungs- und Vorstandsmitglied im Nachbarschaftshilfverein „Brücken bauen in Eversburg“, Vorstandsmitglied der Elterninitiative „Rabenkinder e.V.“, einer Kita mit Plätzen für Kinder unter einem Alter von drei Jahren, Gründungs- und Vorstandsmitglied von „Wir in Atter“. Seit 2002 engagiere ich mich ehrenamtlich in der SPD.

Politik

- 2002 Eintritt in die SPD und Wahl in den Ortsrat Atter
- 2010 Mentoringprogramm „Politik sucht Frauen“ in Niedersachsen.
- 2011 bis 2016 Mitglied der SPD-Stadtratsfraktion
- Seit 2011 stellvertretende Vorsitzende im Ortsverein Atter
- Von 2011 bis 2015 im Unterbezirksvorstand, ab 2013 als stellv. Vorsitzende
- Seit 2015 Vorsitzende der SPD Osnabrück
- 2017: Ich kandidiere für den Bundestag

Meine Positionen

Gesundheit und Pflege: Das geht uns alle an

Laut dem Demografieportal des Bundes und der Länder werden im Jahr 2030 3,5 Millionen pflegebedürftige Menschen in Deutschland leben. Bei gleichbleibender Entwicklung werden bis dahin 140.000 bis 220.000 Pflegekräfte fehlen.

Verbindliche Personalstandards und angemessenes Gehalt sind unbedingt notwendig!

Ich bin seit 35 Jahren Altenpflegerin und ich spüre die Auswirkungen des Fachkräftemangels sehr deutlich. Das Ringen um Pflegefachkräfte hat längst begonnen! In Krankenhäusern ist Deutschland im internationalen Vergleich Schlusslicht, wenn es um die Ausstattung mit Pflegepersonal geht. Nirgendwo werden mehr Patientinnen und Patienten von einer Pflegekraft versorgt! Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir in Krankenhäusern verbindliche Personalstandards umsetzen. Das Gleiche gilt für die Altenpflege! Ich werde mich stark machen für mehr Pflegekräfte, eine bestmögliche Ausbildung und ein angemessenes Gehalt!

Ich setze mich für die bestmögliche Versorgung aller ein: Bürgerversicherung einführen!

Ich setze mich dafür ein, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise versichern. Ziel ist die paritätische Bürgerversicherung.

Was heißt paritätisch?

- Arbeitgeber und Versicherte zahlen den gleichen Versicherungsbeitrag.
- Wir wollen den einseitigen Zusatzbeitrag der Versicherten abschaffen.
- Wie würde die Einführung der Bürgerversicherung ablaufen?
 - Alle erstmalig und bislang gesetzlich Versicherten werden automatisch in die Bürgerversicherung aufgenommen.
 - Dazu zählen dann auch Beamtinnen und Beamte, für die in der Bürgerversicherung ein beihilfefähiger Tarif geschaffen wird. Die öffentlichen Arbeitgeber können wählen, ob sie für gesetzlich versicherte Beamtinnen und Beamte einen Arbeitgeberbeitrag zahlen oder wie bisher über die Beihilfe einen Anteil der Behandlungskosten direkt übernehmen.
 - Bisher Privatversicherte können wählen, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln möchten.
 - Die gesetzliche Krankenversicherung machen wir für Selbstständige mit geringem Einkommen günstiger.
 - Wir werden die Bemessung der Beiträge für Selbstständige einkommensabhängig ausgestalten und die Beiträge bei geringen Einkommen senken.

Gut leben im Alter

Noch nie sind Menschen so gesund wie heute alt geworden. Nach dem Erwerbsleben liegt meist ein Lebensabschnitt mit guter Lebensqualität vor ihnen. Sie unterstützen Kinder und Enkelkinder, sie engagieren sich in Vereinen, Verbänden, Nachbarschaften. Sie wollen selbstbestimmt, selbstständig, leben und sich darauf verlassen können, dass sie bei zunehmendem Hilfe- oder Pflegebedarf die notwendige Unterstützung erhalten.

Wir wollen daher lebenswerte und sichere Quartiere für alle Generationen unterstützen. Dazu gehört der Ausbau und die weitere Förderung von Orten der Begegnung wie den Mehrgenerationenhäusern, die auf freiwilliges Engagement angewiesen sind und es zugleich unterstützen.

Würdige Lebensbedingungen müssen für alle Lebensmodelle und Wohnformen sichergestellt werden. Dafür werden wir den Umbau zu barrierefreiem Wohnraum stärker unterstützen und das Programm „Altersgerecht umbauen“ fortsetzen und gemeinschaftliche Wohnformen mit einem Programm „Gemeinschaftlich selbstbestimmt Wohnen“ unterstützen.

Familienarbeitszeit für Pflegende

Wer Angehörige pflegt, braucht mehr Zeit für Zuwendung und oft auch finanzielle Unterstützung. Wir führen die Familienarbeitszeit für Pflegende ein. So ermöglichen wir Menschen, die Familienmitglieder pflegen, eine Freistellung von der Arbeit mit Lohnersatzleistung: Pflegende Angehörige können ihre Arbeitszeit für bis zu drei Monate ganz oder zum Teil reduzieren und erhalten in dieser Zeit eine Lohnersatzleistung, die sich in Höhe und Umfang am Elterngeld orientiert.

ANTJE SCHULTE-SCHOH

Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darüber hinaus länger ihre Arbeitszeit für die Pflege von Angehörigen verringern möchten, erhalten sie das Familiengeld für Pflege.

Als wohnortnahe Anlaufstellen spielen Pflegestützpunkte eine wichtige Rolle. Hier werden pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen beraten, unterstützt und bekommen bei der Organisation der Pflege die Hilfe, die sie brauchen.

Gute Arbeit

Unsere Unternehmen wissen: Stadt und Landkreis Osnabrück sind attraktive Standorte in zentraler Lage. Wir haben einen gesunden Mix aus großen, kleinen und mittleren Unternehmen, einen attraktiven Einzelhandel, einen starken Logistik- und Dienstleistungssektor und mit der Sozialwirtschaft den größten Arbeitgeber in Stadt und Land.

Zukunftssichere Wirtschaft, gute und sichere Arbeitsplätze

Ich will im Dialog mit den Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften die Standortbedingungen in Osnabrück für die Zukunft sichern – zum Wohle aller. Dazu sagt Stephan Soldanski, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Osnabrück:

„Die Zukunftsstrategien für die Region Osnabrück kann nur gemeinsam mit vielen Akteuren entwickelt werden – gemeinsam für ein gutes Leben!“

Sicher, auskömmlich und unbefristet: So müssen Arbeitsplätze sein

Menschen brauchen gute und sichere Arbeitsplätze. Davon hängt die wirtschaftliche Stabilität des Einzelnen und der Region ab. Sicherung der Lebensverhältnisse, Stärkung der Kaufkraft und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – das sind drei Beispiele, die das deutlich machen. Deshalb werde ich mich für auskömmliche Löhne und einen Mindestlohn einsetzen, der vor Altersarmut schützt. Leih- und Kurzarbeit müssen stärker begrenzt werden. Sachgrundlose Befristungen darf es nicht geben! Gerade junge Menschen brauchen Sicherheit für ihre berufliche Zukunft.

Soziale Berufe müssen gestärkt werden!

Soziale Berufe sind für die Versorgung, Betreuung und den sicheren Zusammenhalt unserer Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Es sind vor allem Frauen, die in sozialen Berufen arbeiten, häufig in Teilzeit, mit wenig Aussicht auf beruflichen Aufstieg. Sie sind von Altersarmut gefährdet. Und das, obwohl diese Berufe ein persönliches als auch finanzielles Engagement in der Ausbildung erfordern.

Ich weiß, wie schwer es für viele Familien ist, die Ausbildung der Kinder zu bezahlen – auch ich musste meine Ausbildung selbst finanzieren! Deshalb werde ich alles dafür tun, um Soziale Berufe und deren Ausbildung zu stärken.

Gleiche Chancen für Frauen und Männern

Viele Frauen benötigen beim Wiedereinstieg in den Beruf flexible Arbeitszeiten, um Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Oft bleiben sie in dieser Teilzeitfalle hängen, sie bekommen keine Chance auf einen Vollzeit-arbeitsplatz, ein gutes Einkommen und Aufstiegsmöglichkeiten. Diese Ungerechtigkeit will ich nicht hinnehmen, ich setze mich für das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit ein!

Es kann nicht sein, dass Frauen 2017 noch immer weniger Geld für gleichwertige Arbeit bekommen als Männer. Dass Frauen aufgrund ihrer familiären Sorgetätigkeit von echten Karrieren ausgeschlossen werden. Ich will mich dafür einsetzen, dass Frauen und Männer gleichermaßen die Möglichkeit haben, auskömmlich berufstätig zu sein und trotzdem für ihre Familie da zu sein!

Starke Familien

Familien haben unterschiedliche Lebensentwürfe, für jedes Modell muss es die richtige Lösung geben. Ich will eine Familienpolitik, die Familien unterstützt, ihre Herausforderungen zu bewältigen und ihnen hilft, nach ihren Vorstellungen zu leben.

Familien müssen gestärkt werden

Das bedeutet konkret:

- Beitragsfreiheit von Krippen und Kitas
- Bessere Förderung von Alleinerziehenden
- Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum
- Eine familienfreundliche Arbeitswelt
- Alleinerziehenden den Rücken stärken.

Alleinerziehende haben besondere Herausforderungen zu bewältigen. Nur mit einer umfangreichen Ganztagsbetreuung sind sie in der Lage, ihre Existenz und die ihrer Kinder zu sichern. Deswegen müssen diese Angebote ausgebaut werden.

Unterhalt muss konsequenter eingefordert werden. Es kann nicht sein, dass sich Väter oder Mütter davor drücken, Unterhalt für ihre Kinder zu leisten und ihre Verantwortung auf den Staat schieben. Das muss spürbar sanktioniert werden.

Familienfreundliche Arbeit schützt die Familie

Als berufstätige Mutter einer Tochter weiß ich: Nicht ist so kostbar wie die Zeit mit der Familie. Ich setze mich daher für die „Familienarbeitszeit“, die Manuela Schwesig vorgeschlagen hat, ein. Das bedeutet: Wenn beide Elternteile weniger arbeiten, um gemeinsam mehr für die Familie da zu sein, wird ein Teil des fehlenden Lohns vom Staat ausgeglichen. Das muss auch für Allein- oder getrennt Erziehende gelten. Beide Elternteile müssen zudem das Recht auf die Rückkehr zu ihrer ursprünglichen Arbeitszeit haben.

Familien müssen Zeit für die Pflege haben

Seit 35 Jahren arbeite ich im Pflegeberuf und erlebe die Herausforderungen für Familien, die ihre pflegebedürftigen Angehörigen zuhause versorgen. Berufsleben und häusliche Pflege lassen sich selten miteinander vereinbaren. So sind es auch hier überwiegend Frauen, die für familiäre Sorge auf eigenes Einkommen verzichten. Daher unterstütze ich die Einführung eines „Familiengeldes für Pflege.“

Innere Sicherheit

Unsere Polizei leistet jeden Tag großartige Arbeit. Auch mein Vater war Polizist und aus den Erfahrungen in der Familie weiß ich, was Polizeiarbeit bedeutet. Die zunehmenden Herausforderungen sind nur mit mehr Beamten zu bewältigen.

Handlungsfähig – für Freiheit in Sicherheit

Mehr Polizisten für mehr Sicherheit

Unser Innenminister und ehemaliger Oberbürgermeister Boris Pistorius fordert 15.000 zusätzliche Polizisten in Bund und Ländern sowie eine Stärkung der Bundespolizei. Diese Forderung unterstütze ich, denn so kann die Polizei bei wachsenden Aufgaben entlastet werden.

Mehr Schutz vor Wohnungseinbrüchen und schnellere Urteile

Wohnungseinbrüche betreffen auch unsere Region. Mit unterschiedlichen Maßnahmen kann die Zahl der Einbrüche reduziert werden. Neben den zusätzlichen Stellen bei Polizei und Bundespolizei bin ich für ganz praktische und vorbeugende Maßnahmen. Deshalb setze ich mich für ein Förderprogramm ein, dass es erleichtert, einbruchhemmende Fenster und Türen einzubauen.

Zwischen Straftat und der Verurteilung vergeht häufig zu viel Zeit. Wir können unsere Gesetze aber nur konsequent und schnell anwenden, wenn wir ausreichend Staatsanwälte und Richter haben. Hierfür brauchen wir zusätzliche Mittel.

Konsequente Strafverfolgung, Extremismus vorbeugen

Wer hier lebt und sich an Gesetz und Regeln in Deutschland hält, hat ein Recht auf alle Freiheiten. Kriminelle und Extremisten müssen allerdings mit den entsprechenden Folgen rechnen.

Wir setzen aber auch auf präventive Maßnahmen. Familien, Schulen und Vereine müssen bei ihren Aktivitäten gegen Extremismus jeglicher Art unterstützt werden.

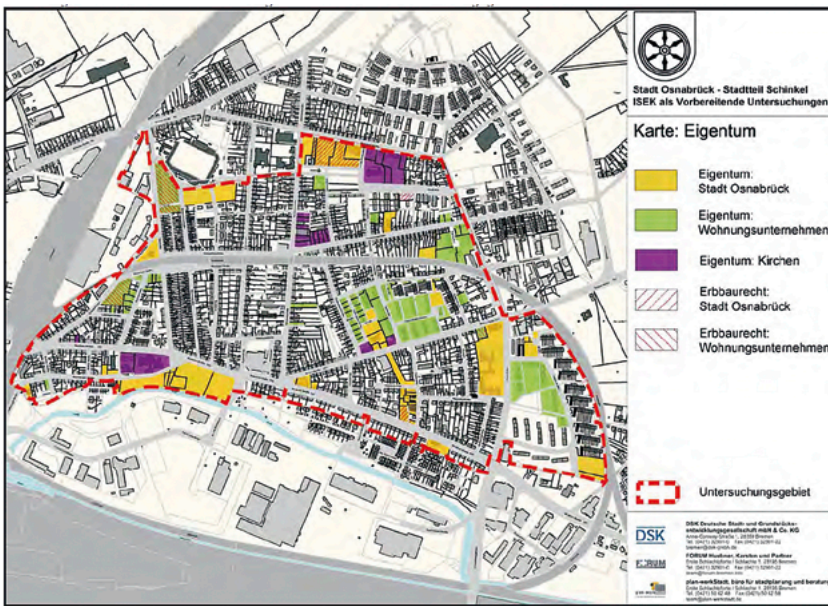
Bildung

„Nicht Bankentürme, sondern Schulen müssen Deutschlands Kathedralen werden“ und „Wir brauchen die besten Schulen für die schlechtesten Stadtteile“. Sigmar Gabriel

Bildung im ganzen Land muss besser werden und dabei muss der Bund den Ländern helfen dürfen. Bisher hat das sogenannte Kooperationsverbot genau das verhindert und deswegen werden wir es abschaffen! Schulen müssen für die Kinder Orte sein, an denen sie gerne lernen – mit schönen Räumen, mit moderner Technik, mit gut qualifizierten und motivierten Lehrerinnen und Lehrern.

Weder der Geldbeutel der Eltern noch die Herkunft eines Kindes dürfen bei der Bildung eine Rolle spielen! Aus diesem Grund muss Bildung für alle zugänglich und kostenfrei sein – und dies vom Kindergarten an, bis hin zur Ausbildung, zum Studium, zur Meisterprüfung und zum Master. Gleiche Chancen für alle – das ist gerecht!

Für die Betreuung meiner Tochter nach der Schule musste ich mit viel Einsatz und Engagement dafür kämpfen, dass ein Hort in unserem Stadtteil entstehen konnte. Ohne diese Einrichtung hätte ich meine Berufstätigkeit nicht ausüben können. Diese Möglichkeit müssen alle Eltern haben und deshalb will ich mich für mehr Ganztagsangebote und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Kita und Grundschule einsetzen!



Stadtplan zur Sozialen Stadt

- Benötigt der Schinkel eine attraktive, erkennbare Quartiersmitte?
- Benötigt der Schinkel ein Integrations- und Kreativzentrum?
- Aufwertung der Schaufenster Buersche-/Mindener Straße?
- Aufwertung bestehender, Schaffung neuer Treffpunkte?
- Grün- und Freiflächenentwicklung im Schinkel?

Ende 2016 fand eine Bürgerwerkstatt mit 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Schinkel statt, um die Beteiligten vor Ort einzubeziehen und passgenaue Ergebnisse zu erarbeiten.

„Sollte es einen positiven Entscheid geben, dann könnte sich unser Stadtteil in den nächsten zehn Jahren sehr schnell und nachhaltig weiterentwickeln“, so Heidrun Achler, SPD-Ratsfrau für Schinkel.

Liebe Leserin, lieber Leser, am 15. Oktober wählen Sie den neuen Niedersächsischen Landtag. Als Ihr Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Osnabrück-Ost will ich mich auch in Zukunft weiterhin tatkräftig für Sie und für unsere Friedensstadt einsetzen.

Viereinhalb Jahre erfolgreicher rot-grüner Landespolitik in Niedersachsen liegen bereits hinter uns. Wir haben das Turbo-Abitur und die Studiengebühren abgeschafft und die dritte Betreuungskraft in den Krippen eingeführt. Zahlreiche Projekte auch in Osnabrück wurden von der rot-grünen Landesregierung gefördert. Ich denke da zum Beispiel an Fördermittel für den Osnabrücker Zoo, für unser Theater oder für den Elektrobusskauf der Stadtwerke. Das Land hat mehr Wohnungen für Studierende und die Sanierungen von Krankenhäusern in Osnabrück gefördert. Zudem haben wir mehr Ganztagschulen denn je. Kurzum: Die Landespolitik der SPD wirkt!

Dafür möchte ich mich auch weiterhin im Landtag einsetzen. Wichtig sind mir dabei insbesondere die Arbeitnehmerinteressen. Gute Arbeitsbedingungen in Osnabrück und Niedersachsen und eine faire Bezahlung müssen an erster

EINER VON UNS. FÜR SCHINKEL IN DEN LANDTAG.



**FRANK
HENNING.**

**Voller Einsatz
für Osnabrück!**

Stelle stehen. Mit Nachdruck engagiere ich mich auch für die Kita-Beitragsfreiheit. Im vergangenen Landtagswahlkampf hat die SPD versprochen, die Studiengebühren für das Erststudium abzuschaffen – und wir haben Wort gehalten! Nach der Abschaffung der Studiengebühren gehen wir jetzt einen konsequenten Schritt weiter: Wir werden die beitragsfreie Kita einführen, denn auch frühkindliche Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen! Die Kita-Gebührenfreiheit ist ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Gerade in Familien mit einem geringen Einkommen tun Kita-Gebühren oft weh. Das wollen wir ändern. Bildung muss kostenfrei sein, von der Kita bis zur Universität!

Dafür hoffe ich auf Ihre Unterstützung und am 15. Oktober 2017 auf Ihre Stimme.

Als Ihr Abgeordneter vor Ort können Sie mich gern jederzeit bei Fragen oder Anliegen erreichen:

kontakt@frankhenning.info
www.frankhenning.info
Tel.: 0541 21440
Mobil: 0177 7171828

Herzliche Grüße
Frank Henning, Mdl